



Gemeinsam für eine naturverträgliche Landwirtschaft

**NABU-Forderungen an eine neue Ernährungs- und
Landnutzungspolitik der EU**



Maispflanzen



Pestizidausbringung

Agrarreform dringend notwendig

Die immer intensivere Landwirtschaft in Europa beeinträchtigt Mensch und Umwelt. Das Insektensterben, immer weniger Feldvögel und zu hohe Nitratwerte im Grundwasser – dies sind alarmierende Zeichen dafür, dass die Natur aus dem Takt kommt. Intensive Düngung, ein anhaltend hoher Verbrauch von chemischen Pflanzenschutzmitteln und die Vernichtung von naturnahen Flächen bedrohen unsere ländlichen Räume immer stärker. Dabei erhält die Landwirtschaft in der EU jährlich fast 60 Milliarden Euro vom Steuerzahler – den Großteil davon pauschal pro Fläche. Hierdurch macht es für die meisten Landwirte wirtschaftlich Sinn, möglichst viel zu möglichst geringen Kosten zu produzieren. Diese Intensivierung wird verstärkt durch niedrige Lebensmittelpreise und den Versuch, über den Export das Einkommen zu sichern: Masse statt Klasse. Die Umwelt, aber auch viele landwirtschaftliche Betriebe bleiben dabei auf der Strecke.

Ein Umsteuern ist also dringend notwendig. Statt monotone Maiswüsten und Megaställe zu fördern, sollte Steuergeld lieber denjenigen Betrieben helfen, die auf naturverträgliche Anbau- und Produktionsmethoden umstellen wollen – nur so entsteht ein lebendiger und lebenswerter ländlicher Raum.

„Greening“-Maßnahmen greifen nicht

Trotz vieler Reformanläufe ist es bisher nicht gelungen, die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) in umweltverträgliche Bahnen zu lenken. Im Jahr 2013 wurde das sogenannte „Greening“ beschlossen, verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Umweltverträglichkeit. So sollte zumindest ein Teil der Subventionen an Leistungen für die Umwelt geknüpft werden – doch der erwünschte Effekt verpuffte, zu gering sind die Anforderungen, zu groß die Ausnahmen und Schlupflöcher (Zinngrebe et al. 2017).

Keinem Landwirt ist es zu verdenken, möglichst wirtschaftlich arbeiten zu wollen, zumal Handel und Verbraucher viel zu wenig für gute Lebensmittel zu zahlen bereit sind. Daher muss der Staat finanzielle Anreize setzen, wenn die Gesellschaft freiwillige Naturschutzleistungen der Landwirte erwartet. Außerdem muss er Betrieben helfen, höhere Preise für naturverträglich hergestellte Lebensmittel zu erzielen, zum Beispiel über regionale Vermarktung, mehr Nachfrage von öffentlichen Einrichtungen und höheres Bewusstsein beim Verbraucher durch klare Kennzeichnung. Hierfür fehlte allerdings bisher der politische Wille zum Umschichten der Agrarzahlungen.

Ein vom NABU in Auftrag gegebener wissenschaftlicher „Fitness Check“ zeigt: die GAP ist weder wirksam, noch effizient in der Erreichung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ziele (Pe'er et al. 2017). Doch jetzt besteht die Chance auf eine grundlegende Änderung: Die Agrarpolitik der EU wird derzeit turnusgemäß für die Zeit nach 2020 neu verhandelt. Jetzt müssen endlich Fortschritte für Natur, Bauern und die ganze Gesellschaft erzielt werden!

Felderchen finden durch immer dichtere Getreidebestände kaum mehr Brutplätze.





Strukturreiche Agrarlandschaft

Für eine faire, gesunde und naturverträgliche Agrarpolitik in Europa

Über die globalen Nachhaltigkeitsziele haben sich Deutschland und die EU zu einer nachhaltigen Landwirtschaft bis 2030 verpflichtet. Dies bedeutet unter anderem, dass die europäische Landwirtschaft keine Schäden mehr an Artenvielfalt und Klima anrichten darf – und dass nachhaltig wirtschaftenden Betrieben eine Zukunft gegeben werden muss. Gleichzeitig muss in einen fairen Handel bei uns und weltweit, die Nachfrage nach hochwertigen Lebensmitteln sowie die Minimierung der Lebensmittelverschwendung investiert werden. Die Weichen hierfür müssen jetzt gestellt werden.

Der NABU fordert deshalb gemeinsam mit seinen europäischen Partnerorganisationen eine ganz neue Ernährungs- und Landnutzungspolitik. Deren Ziele müssen sein:

- Aufbau einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt und dank fairer Preise langfristig unabhängig von Subventionen wird.
- Die einkommenswirksame Honorierung von konkreten Leistungen von Landnutzern für die Artenvielfalt und die ausreichende Finanzierung der EU-Naturschutzinstrumente wie Natura 2000.
- Die gleichberechtigte Mitsprache aller politischen Ressorts und Akteure, die ein Interesse an einem lebendigen ländlichen Raum, einer intakten Umwelt, gesunden Lebensmitteln und Entwicklungschancen für Menschen außerhalb Europas haben..

Die neue Politik muss transparent, fachlich begründet, ergebnisorientiert und für die Empfänger von Fördermitteln möglichst unbürokratisch sein. An der Ausgestaltung der Politik sind alle relevanten politischen Ressorts zu beteiligen, weit über die Agrarministerien und Agrarausschüsse der Parlamente hinaus. Auf EU-, Bundes- und Landesebene müssen insbesondere die Ressorts für Umwelt, Gesundheit, Verbraucherschutz und Entwicklungszusammenarbeit mitentscheiden. Bei Fragen der Naturschutzfinanzierung müssen die zuständigen Behörden federführend sein und entsprechend personell ausgestattet werden.

Die Einhaltung von Umweltgesetzen allein verdient keine staatliche Förderung. Die neue Politik darf auch keine Anreize setzen für Intensivierung, weder durch pauschale Flächenprämien, noch durch staatliche Risikoabsicherung umweltschädlicher Anbaumethoden. Innerhalb wie außerhalb Europas müssen Lebensmittel „Made in Europe“ für Qualität und Nachhaltigkeit stehen, nicht für möglichst billige Erzeugung.

Der Star, Vogel des Jahres 2018, fühlt sich auf Weiden am wohlsten.





Beweidung mit Schafen



Weizenfeld

Elemente einer neuen Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik

EUROPÄISCHER TRANSFORMATIONSFONDS FÜR LANDNUTZUNG UND ERNÄHRUNG

Die EU muss bis 2030 ein nachhaltiges Agrar- und Ernährungssystem aufbauen.

Die „Gießkannensubventionierung“ nach Flächengröße und die Praxis, immer mehr immer günstiger zu produzieren, muss aufgegeben werden. Stattdessen sollte die europäische Landwirtschaftspolitik auf Qualität und hohe Umweltstandards setzen.

Eine angemessene Bezahlung durch Handel und Verbraucher soll langfristig Subventionen verzichtbar machen. Hierfür muss die EU ab 2020 die derzeitigen Säulen der GAP vor allem durch gezielte Transformationshilfen ersetzen. Dazu gehören Investitionen in umweltverträgliche Anbaumethoden ebenso wie eine stärkere Förderung der Umstellung auf Ökolandbau, Regionalvermarktung und entsprechende Beratung. Gleichzeitig muss in die Nachfrage und die Zahlungsbereitschaft für naturverträglich produzierte Lebensmittel investiert werden, unter anderem durch Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Lebensmittelkennzeichnung und nachhaltige Versorgung in öffentlichen Einrichtungen. So können Betriebe ihre Produktion und Vermarktung auf hohe Umwelt- und Tierschutzstandards einstellen und sich neue ökonomische Perspektiven aufbauen.



Wildbienen brauchen blütenreiche Ackerrandflächen, Halbtrockenrasen und extensiv genutzte Weiden.

EU-NATURSCHUTZFONDS

Ein neuer EU-Naturschutzfonds soll den Kern eines Gesellschaftsvertrags zwischen Steuerzahlern und Landnutzern bilden: Im Austausch für konkrete (Dienst-)Leistungen für den Erhalt der biologischen Vielfalt muss der Fonds ein attraktives zusätzliches Einkommen anbieten. Für den Fonds müssen mindestens 15 Milliarden Euro pro Jahr im EU-Haushalt festgeschrieben werden. Künftig muss die Ausgestaltung der naturschutzrelevanten Förderprogramme in Bund und Ländern unter der Verantwortung der Naturschutzbehörden stehen, auf EU-Ebene muss die Generaldirektion Umwelt für deren Genehmigung zuständig sein. Die Abwicklung sollte jedoch weitgehend über bestehende Verwaltungsstrukturen erfolgen.

SPACE FOR NATURE

Zusätzlich zur Förderung gezielter Naturschutzmaßnahmen soll die neue Agrarpolitik auch das Vorkommen von naturnahen Flächen in den Agrarlandschaften generell unterstützen. Davon profitieren bestäubende Insekten und schädlingsbekämpfende Vögel, aber auch Grundwasser und Boden. Der NABU schlägt hierfür eine sehr einfach angelegte „Space for Nature“-Prämie vor. Je mehr Fläche ein Betrieb naturnah und produktionsfrei belässt, zum Beispiel in Form von Hecken, Blühstreifen oder Brachen, desto mehr Förderung erhält er.

Das intensive Saatgutreinigen hat dafür gesorgt, dass Kornblumen aus dem Landschaftsbild fast völlig verschwunden sind.





Fragen und Antworten zur Agrarpolitik

Müssen bei Wegfall der pauschalen Direktzahlungen nicht noch mehr Betriebe schließen?

Der NABU hat errechnet, dass viele Betriebe sogar profitieren würden, wenn stattdessen konkrete Naturschutzleistungen besser bezahlt würden (Oppermann et al. 2016). Mit dem frei werdenden Geld könnte endlich allen Betrieben finanzielle Unterstützung und Beratung für die Umstellung auf naturverträgliche Produktion, zum Beispiel auch Ökolandbau, angeboten werden. Und schließlich würde der Staat dafür sorgen, dass künftig bessere Preise für nachhaltig produzierte Lebensmittel bezahlt werden. Betriebe, die weiter möglichst billig produzieren möchten, können dies tun, müssten aber auf staatliche Förderung verzichten und sich strikt an die Umwelt- und Tierschutzgesetze halten. Langfristig sollte die Landwirtschaft dann weitgehend ohne Subventionen auskommen.

Erbringen die Landwirte nicht jetzt schon hohe Umweltleistungen?

Die Vielfalt von Tieren und Pflanzen in der Agrarlandschaft geht bundes- und europaweit dramatisch zurück, die Gewässerbelastung aus landwirtschaftlichen Quellen ist anhaltend hoch und durch Grünlandumbruch und die Nutzung von Mooren in großem Stil werden Treibhausgase freigesetzt. Viele Landwirte versuchen zwar, im Einklang mit der Natur zu wirtschaften, und würden gerne mehr für die Artenvielfalt tun – doch oft lohnt es sich wirtschaftlich nicht. Das muss sich durch Investitionshilfen, einen EU-Naturschutzfonds sowie höhere Verbraucherpreise ändern. Klar ist aber auch: Die Landwirtschaft verursacht in der Summe immense Umweltkosten, die letztlich die ganze Gesellschaft tragen muss. Wie in jeder anderen Branche auch müssen hohe Umweltstandards auch für die Landwirtschaft selbstverständlich sein – ohne Kompensation durch Steuergelder.

Müssen wir nicht mehr produzieren, um die Welt zu ernähren?

Nein. Welternährung funktioniert nur regional: Die Produktivität, Vermarktung und Verteilung, aber auch die Kaufkraft der Verbraucher muss dort verbessert werden, wo ein Mangel an Nahrungsmitteln auftritt – durch Investitionen vor Ort und Wissenstransfer. Die viel gepredigte Exportorientierung der europäischen Landwirtschaft versucht, auf anderen Märkten möglichst billig zu sein: das schädigt die Umwelt hierzulande genauso wie die ökonomischen Perspektiven der Menschen gerade in den Entwicklungsländern, was letztlich zu Armut und Flucht führt. Hinzu kommt, dass die europäische Tierhaltung überwiegend auf Futtermittelimporten aus Übersee basiert, für die riesige Flächen naturschädigend und intensiv genutzt werden. Den Wettlauf um das billigste Angebot können die Europäer letztlich nur verlieren – „made in EU“ sollte stattdessen für Qualität und Nachhaltigkeit stehen.

Will der NABU den Landwirten das Geld wegnehmen?

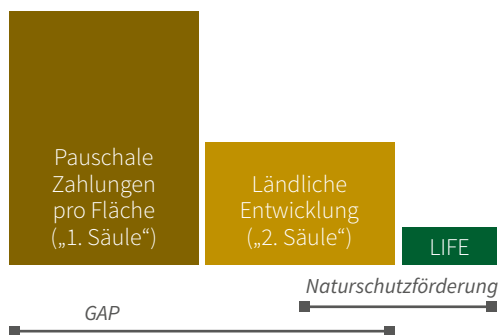
Nein, im Gegenteil: Viele Naturschutzmaßnahmen können nur von Landwirten erfolgreich umgesetzt werden – und zwar freiwillig. Darum sollen diese auch die Hauptnutznießer der Agrarreform sein und mehr Geld dafür erhalten als bisher. Im Rahmen eines „Naturschutzvertrages“ zwischen Steuerzahlern und Landnutzern sollen aus dem EU-Naturschutzfonds künftig Naturschutzleistungen von Landwirten einkommenswirksam bezahlt werden. Neben der Wirksamkeit der Maßnahmen und einer attraktiven Förderhöhe ist dabei eine möglichst einfache Beantragung und Abrechnung der Gelder für die Empfänger wichtig.



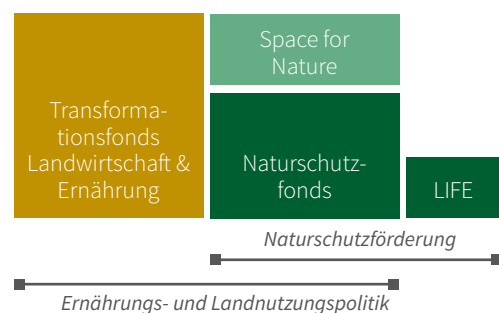
Grünlandflächen an der Havel

Die Forderungen des NABU auf einen Blick

Aktuelle Situation (2014-2020)



NABU-Forderung (nach 2020)



Der NABU fordert, sowohl die pauschalen Flächenprämien in der „Ersten Säule“ als auch die unterfinanzierten und oft wenig zielgerichteten Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung in der „Zweiten Säule“ durch ein neues System zu ersetzen. Ein Transformationsfonds für Landwirtschaft und Ernährung, ein Naturschutzfonds und eine „Space for Nature“-Prämie sollen an ihre Stelle treten. Das LIFE-Programm der EU-Kommission finanziert zusätzlich innovative Naturschutzprojekte.

QUELLEN

Pe'er, G. & S. Lakner et al (2017): Is the CAP Fit for purpose? An evidence-based fitness-check assessment. Leipzig, German Centre for Integrative Biodiversity Research (iDiv) Halle-Jena-Leipzig, im Internet unter: www.NABU.de/GAPcheck

Oppermann, R., Fried, A., Lepp, N., Lepp, T. & Lakner, S. (2016): Fit, fair und nachhaltig. Vorschläge für eine neue EU-Agrarpolitik. Im Internet: www.NABU.de/fit-fair-nachhaltig

Zinggrebe, Y., Pe'er, G., Schueler, S., Schmitt, J., Schmitt, J. & Lakner, S. (2017): The EU's ecological focus areas - How experts explain farmers' choices in Germany. in: Land Use Policy, Volume 65, June 2017, pages 93-108, im Internet unter: www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0264837716307426

LESEN UND SURFEN

NABU und BirdLife: Forderungen zur EU-Naturschutzfinanzierung und zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Im Internet: www.NABU.de/eu-naturschutzfinanzierung

NABU: NABU-Forderungen für eine neue Agrarpolitik nach 2020. Im Internet: www.NABU.de/agrarreform2021

NABU-Blog: <https://blogs.NABU.de/naturschaetze-retten>

Impressum:

© 2017, NABU-Bundesverband, 2. Auflage 12/2017
Naturschutzbund Deutschland (NABU) e. V., Charitéstraße 3, 10117 Berlin
NABU@NABU.de, www.NABU.de

Text/Redaktion: Angelika Lischka, Konstantin Kreiser, Christina Focke

Gestaltung: süßes + saures, Berlin

Druck: Druckhaus Berlin Mitte
gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Art.-Nr.: 5286

Bildnachweis: Titel: Christoph Kasulke, S. 2: NABU/H. May, Shutterstock/Leonid Eremeychuk, Mathias Schäf, S.3: pixelio/Oliver Mohr, NABU/Georg Dorff, S. 4: NABU/Klemens Karkow, blickwinkel/F. Herrmann, F. Derer, Christoph Kasulke, S. 5: Mathias Schäf, Fotolia/PointImages, S. 6: NABU/Volker Gehrman

